

# Liberaler Erfolgspolitik auf einen Blick

## Außenpolitik

Deutschland verbindet den Einsatz für Menschenrechte mit der Stärkung unserer außenwirtschaftlichen Interessen in der Globalisierung. **Dr. Guido Westerwelle** hat das „Weimarer Dreieck“ wiederbelebt, um gemeinsam mit Frankreich und Polen das **Zusammenwachsen Europas** nach Osten zu vollenden. Von Deutschland gehen wieder Impulse zur Weiterentwicklung der Europäischen Integration aus, beispielsweise um den Europäischen Stabilitätspakt zu stärken und die Etablierung eines dauerhaften Finanzausgleichs in Europa (Transferunion) zu verhindern. Deutschland fühlt sich wieder in besonderer Weise den kleineren Mitgliedstaaten der EU verpflichtet. Abrüstung und Rüstungskontrolle haben eine neue Priorität. Die christlich-liberale Koalition verfolgt insbesondere eine **neue Afghanistanstrategie**. Im Sinne der vernetzten Sicherheit verbinden wir zivile Entwicklungszusammenarbeit, militärische Intervention, polizeiliche Sicherheit und die Mittel der Diplomatie. Damit wird eine Abzugsperspektive für die Bundeswehr bis 2014 eröffnet.

## Entwicklung

Mit Hinblick auf die Abzugsperspektive hat unser Bundesminister **Dirk Niebel** die Entwicklungshilfe für Afghanistan verdoppelt. In diesen Tagen wird er in den Medien dafür gelobt, dass er in der deutschen Entwicklungspolitik **effiziente Strukturen** schaffen wird, indem er die drei Institutionen der technischen Zusammenarbeit zusammenführt. An diesem Vorhaben war seine SPD-Amtsvorgängerin in elf Jahren Kabinettszugehörigkeit gescheitert. Deutschland tritt im Ausland koordiniert auf und spricht mit einer Stimme – das war das Ziel der FDP.

## Wirtschaft

Bundeswirtschaftsminister **Rainer Brüderle** hat mit seiner couragierten Ablehnung des Bürgschaftsantrages von Opel unsere Entschlossenheit dokumentiert, die Wachstumskräfte durch fairen Wettbewerb zu stärken. Die mit Schulden finanzierten Konjunkturprogramme lässt er auslaufen. Stattdessen müssen wir Bremsen für Wachstum und Beschäftigung lösen und **private Investitionen** anregen: Wir brauchen ein Investitionsbeschleunigungsgesetz, das gezielt Hürden abbaut. Bald nach der Sommerpause müssen wir zudem das **Energiekonzept** der Bundesregierung verabschieden. Die Verlängerung der Restlaufzeiten der sicheren Kernkraftwerke ist ein Gebot der Vernunft. Wir brauchen die zeitweise Allianz von Kernenergie und Erneuerbarer Energie, um die Energiewende und Milliarden-Investitionen ohne Überlastung der Stromkunden zu erreichen.



## Gesundheit

Unserem Bundesgesundheitsminister **Dr. Philipp Rösler** ist – wie die F.A.Z. am 7. Juli schrieb – „**mehr als ein Achtungserfolg**“ gelungen: Es „beginnt ein ernst zu nehmender Versuch, ein gutes Stück wegzukommen von der beschäftigungsfeindlichen Koppelung der Krankheitskosten an die Einkommen der Arbeitnehmer. Es ist zugleich ein Versuch, zwischen den gesetzlichen Krankenkassen mehr Wettbewerb auszulösen“, so die F.A.Z. weiter. Mit der Gesundheitsreform ist aber auch eine unangenehme Wahrheit verbunden: Die nur künstliche Senkung der Kassenbeiträge um 0,6 Prozent durch die Konjunkturprogramme muss auslaufen. Der Staat kann nicht auf Dauer die Sozialversicherungen mit Schulden stützen. Das von Ulla Schmidt hinterlassene Defizit von 11 Milliarden Euro tragen jetzt solidarisch Leistungserbringer des Gesundheitswesens, Versicherte, Arbeitgeber und Steuerzahler. Es gibt erhebliche Einsparungen. Insbesondere der Pharmabranche haben wir einen großen Sparbeitrag abverlangt – da hat die SPD immer gezögert. Diese Einsparbemühungen müssen fortgesetzt werden. In einer alternden Gesellschaft werden die Kosten dennoch steigen. Die Koppelung von Gesundheits- und Arbeitskosten lockern wir, indem die Arbeitgeberbeiträge erstmals gesetzlich festgeschrieben werden. Schon mittelfristig werden kassenindividuelle Zusatzprämien deshalb den Qualitäts- und Kostenwettbewerb beleben, wobei Bedürftige durch einen neuen Sozialausgleich vor Überforderung geschützt werden. Zukünftig sollen die gesetzlich Versicherten Klarheit über die Kosten ihrer Behandlung erhalten. Das von der Koalition vereinbarte Modell setzt somit liberale Akzente beim **Wettbewerb** der Versicherungen, der **Kostentransparenz** für Patienten und der **Lösung vom Faktor Arbeit**.

## Justiz

Unsere Bundesjustizministerin **Sabine Leutheusser-Schnarrenberger** verteidigt Bürgerrechte und hat eine entscheidende **Trendumkehr in der Innen- und Rechtspolitik** eingeleitet. Denn während sowohl die rot-grüne Vorgängerregierung wie auch die große Koalition seit dem 11. September 2001 immer mehr und immer intensivere Eingriffe in die Grundrechte vorgenommen haben, haben wir diesen Trend gestoppt und umgekehrt: Netzsperrungen werden nicht mehr durchgeführt. Die Weitergabe von Finanzdaten an die USA (SWIFT) unterliegt nun wesentlich höheren Datenschutzauflagen, als dies noch unter der Geltung des Abkommens der Fall war, das die Vorgängerregierungen ausgehandelt haben. In Kürze werden wir das Vertrauen zwischen Rechtsanwälten und Mandanten wieder angemessen schützen und die Pressefreiheit stärken. Unsere Bedenken gegen den Elektronischen Entgeltnachweis (ELENA), mit dem Arbeitgeber Daten ihrer Mitarbeiter weitergeben, werden inzwischen geteilt. Unsere Reformvorstellungen für ein besseres Insolvenzrecht finden viel Beifall in der Fachwelt. Eingetragene Lebenspartnerschaften im Erbschafts-, Schenkungs- und Grunderwerbssteuerrecht haben wir gleichgestellt, weil wir **Toleranz** gegenüber unterschiedlichen Lebensentwürfen vertreten. Für die Online-Medien werden wir diskutieren, wie wir die Freiheit des Zugangs für jedermann erreichen und persönliche Daten und das geistige Eigentum schützen.

## Weitere liberale Erfolge der Bundesregierung

- Zusätzliche Investitionen von 12 Milliarden Euro für Schulen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen.
- Entlastung von Familien um 4,6 Milliarden Euro
- Der Bund wird 5,6 Milliarden Euro weniger im Haushaltsjahr 2010 ausgeben als von der Vorgängerregierung eingeplant
- Erhöhung des Kindergeldes um 20 Euro auf mind. 184 Euro zum 01.01.2010
- Erhöhung des Kinderfreibetrags um 1.000 Euro auf 7.008 Euro zum 01.01.2010
- Senkung der Erbschaftssteuerbelastung für Geschwister, Nichten und Neffen
- Senkung der Mehrwertsteuer für Übernachtungsleistungen auf sieben Prozent
- 750 Millionen Euro zur Entlastung landwirtschaftlicher Betriebe